

Antrag 0.2/195: Das Flexible-Zeitgemäße-Mobile-Arbeit-Gesetz

Antragsteller/in:	BV Oberpfalz
Status:	zugelassen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Während die Koalition aus Union und SPD im diskutierten „Mobile-Arbeit-Gesetz“ darum
- 2 ringt, welches Konzept am ehesten dazu geeignet ist, Arbeitgeber an die kurze Leine
- 3 zu legen und das verpflichtende Anbieten von Kurzarbeit zum Bürokratiemonster
- 4 aufbaut, setzt sich die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten dafür ein,
- 5 pragmatische Ansätze zu definieren, um HomeOffice zu etablieren und attraktiv zu
- 6 machen. Da HomeOffice die Lebensqualität durch zeitliche Flexibilität der
- 7 Arbeitnehmer steigern kann, ökologische Vorteile hat gegenüber längeren Anfahrten
- 8 zur Arbeitsstätte und damit nachhaltiges und sozialverträgliches Arbeiten der Zukunft
- 9 ermöglicht, muss es für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch finanziell interessant
- 10 werden.
- 11 Anreize müssen daher geschaffen werden, durch:
- 12 • Homeoffice ist als 4. Form der Heimarbeit neben Telearbeit, Heimarbeit und
- 13 Mobiles Arbeiten im Gesetz zu definieren.
- 14 • Pauschale steuerliche Absetzbarkeit von HomeOffice-Tätigkeiten bereits für das
- 15 Jahr 2020 i.H.v. max. 4.600€ jährlich bzw. 20€/Tag als Werbungskosten für
- 16 Arbeitnehmer (für z.B. Heizung, Internet-Anschluss, Wasser-/Abwasserkosten
- 17 etc.),
- 18 • Sonderabschreibungsmöglichkeiten für notwendige Ausstattung i.H.v. 100% der
- 19 Anschaffungskosten im 1. Jahr bereits für das Jahr 2020,
- 20 • Begrenzung der HomeOffice-Tätigkeiten gemäß innerbetrieblicher oder tariflicher
- 21 Vereinbarungen mit Unter- und Obergrenze,
- 22 • das Recht des Arbeitgebers HomeOffice zu verweigern, wenn dies nachweislich
- 23 missbraucht wird (z.B. fehlendes Erbringen der Arbeitsleistung),
- 24 • das Recht des Arbeitnehmers HomeOffice einzufordern (im Rahmen der
- 25 innerbetrieblichen Vereinbarung), wenn keine betrieblichen Gründe dagegen
- 26 sprechen,
- 27 • die Ausweitung flexibler Arbeitszeitmodelle hin zu max. Wochenarbeitszeiten, die
- 28 auf europäischem Recht fußen (max. 48h bzw. kurzfristig 60h/ Woche),
- 29 • Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digitalisierung, die dazu
- 30 geeignet sind, HomeOffice zu ermöglichen,
- 31 • Werbungkostenausgleichspauschale für nicht anfallende Werbungskosten für
- 32 gewerbliche und andere Mitarbeiter, bei denen HomeOffice nicht möglich ist, wenn

- 33 mindestens 20% der Arbeitszeit der kleinsten juristischen Einheit des
34 Unternehmens im HomeOffice erbracht wird,
- 35 • Verzicht auf Dokumentationspflicht der Arbeitszeit im HomeOffice,
 - 36 • Verzicht auf Überprüfung berufsgenossenschaftlicher Arbeitssicherheitsvorgaben
37 im HomeOffice zur Wahrung der Privatsphäre des Arbeitnehmers
- 38 Die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten möge in ihren Gremien und in den
39 entsprechenden Arbeitskreisen des Bundestages auf die Einbringung dieser Punkte in
40 ein neues „Flexible-Zeitgemäße-Mobile-Arbeit-Gesetz“ hinwirken.

Begründung

erfolgt mündlich...